

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und sozial- und  
gesundheitspolitischen Fraktionssprechers**

**Uwe Schwarz, MdL**

zu TOP Nr. 21

**Haushaltsberatungen 2016 – Haushaltsschwerpunkt  
Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration**

während der Plenarsitzung vom 15.12.2015  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Dank an Sozialministerin Cornelia Rundt und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die wie immer gute Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsberatungen im Fachausschuss. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich alle Partner in der Sozialpolitik ein, die uns wichtige Gesprächspartner und Ratgeber sind.

Der Sozialhaushalt ist mit 4,5 Milliarden Euro der zweitgrößte Einzeletat im Land Niedersachsen und der bisher größte Sozialhaushalt in der Geschichte unseres Bundeslandes.

Das macht deutlich:

Sozialpolitik mit ihren Bereichen Gesundheit, Behindertenhilfe, Senioren, Familie, Jugend, Frauen, Wohnungs- und Städtebau, sowie Migration und Integration ist einer der großen Schwerpunkte dieser Landesregierung und eine Herzensangelegenheit dieser rot-grünen Koalition. Darauf sind wir stolz und das war unter der Vorgängerregierung eindeutig nicht so. Wenn ich mir die Änderungsanträge von CDU und FDP ansehen, dann hat die Opposition dem ja auch nicht wirklich etwas entgegenzusetzen.

In Niedersachsen leben 1,3 Millionen Menschen mit Behinderungen, 10 Prozent unserer Bevölkerung sind schwerbehindert. Für diesen Personenkreis stehen 40 Prozent des gesamten Sozialhaushalts, also 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Eine gewaltige Summe und trotzdem reicht es bei Weitem nicht, um eine gleichberechtigte Teilhabe im Sinne der UN-BRK zu erreichen.

Ich befürchte, dass die Neuordnung der Eingliederungshilfe und das angekündigte Bundesteilhabegesetz daran auch nichts wesentlich verbessern werden. Es bleibt deutlich hinter den Hoffnungen der Betroffenen zurück. Inklusion ist ein verbrieftes Menschenrecht und kostet Geld, aber keine Inklusion kostet noch mehr Geld (nur an anderer Stelle).

Niedersachsen wird 2016 zur Weiterentwicklung der Inklusion den Landesaktionsplan vorlegen, eine Novelle des NBGG wird folgen.

Inklusion ist weit mehr als Bildung und deshalb erhöht Rot-Grün den Ansatz für modellhafte Inklusions-Projekte in den Kommunen um 1,2 Millionen Euro auf nunmehr 1,7 Millionen Euro und das ist gut für Niedersachsen.

Nach 24-jähriger Tätigkeit ist Karl Finke 2014 als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen ausgeschieden. Für seine Nachfolgerin, Petra Wontorra, keine leichte Aufgabe. Ich danke Ihr daher ausdrücklich, wie sie sich im ersten Jahr in dieses Amt reingekniet und im Interesse der Betroffenen geackert hat.

Auch bei der Mammutaufgabe „Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege“ geht es voran.

Wir begrüßen ausdrücklich die Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung zum 1.1.2015 und die Einführung des auch von uns seit Jahren geforderten, neuen Pflegebegriffs zum 1.1.2017. Insbesondere Menschen mit Demenz erfahren dadurch endlich die lange überfällige Gleichstellung bei Pflegeleistungen.

Gleichzeitig setzen wir ab 2016 zusätzlich weitere 6,3 Millionen Euro zur Stärkung der ambulanten Pflege ein. Damit sollen in ländlichen Regionen neue ambulante Pflegekonzepte gefördert werden, und zwar unter den Vorgaben tariflicher Bezahlung.

Damit stehen 2016 erstmalig mehr als 50 Millionen Euro Landesmittel für die ambulante Pflege zur Verfügung. Das ist unsere rot-grüne Antwort auf die erheblichen Kürzungen unter CDU/FDP in der Pflege und das ist gut für Niedersachsen!

Auf Landesebene haben wir u. a.:

- die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege gesetzlich abgesichert,
- Pflege- und Seniorenstützpunkte zusammengeführt,

- fördern wir bereits seit zwei Jahren alternative Wohnformen mit einer Million Euro jährlich,
- überarbeiten wir in diesem Sinne gerade das Heimgesetz,
- ist die Pflegekammer auf der Zielgeraden, damit die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen endlich gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch sitzen kann.

Das sind alles wichtige Bausteine zur dringend notwendigen Erhöhung der Wertschätzung für Pflegeberufe. Eine rot-grüne-Bilanz, auf die wir durchaus stolz sind.

SPD/Grüne und auch die CDU kämpfen seit Jahren für einen „Tarifvertrag Soziales“ in der Pflege. Die FDP macht dank des BPA noch Trockenübungen. Die von Niedersachsen zwischen Ver.di und der Diakonie bundesweit ausgegangene Initiative wurde vergangene Woche durch die Tarifkommission zunächst einmal vertagt.

Ich appelliere an die Mitglieder des Tarifausschusses, sich der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst zu sein. Es geht um die Unterbindung von Dumpinglöhnen in der Pflege und damit den wichtigsten Baustein zur Verhinderung eines dauerhaften Pflegenotstandes.

Wenn das erneut an Gewinnmaximierungsinteressen Einzelner zulasten von Pflegebedürftigen scheitert, kann die Pflege in Deutschland einpacken. Das kann niemand verantworten!

Vor wenigen Wochen hat die Landesregierung erstmals einen „Masterplan Gesundheitswirtschaft“ vorgelegt. Etwas, was die Vorgängerregierung nicht einmal gedacht hat.

Laut aktuellen Berechnungen (WifOR) arbeiten zwischenzeitlich über 580.000 Menschen in Niedersachsen in der Gesundheitsbranche. Einer der größten, und vor allem der Arbeitsmarkt mit dem höchsten Wachstumspotential in Niedersachsen. Gleichzeitig mit einem schwierigen Spagat zwischen

Beschäftigungspotentialen, Leistungsbegrenzungen und wohnortnaher Versorgung, zumal weitgehend Bundesgesetze zuständig sind.

Das Projekt „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ ist der Versuch unserer Landesregierung, gemeinsam mit der KVN und einigen Krankenkassen, sektorenübergreifende Versorgungsmodelle zu entwickeln. 31 Landkreise haben sich zwischenzeitlich beworben und davon arbeiten schon 27 ihre Modelle aus.

Ein toller Erfolg unserer Sozialministerin, der konsequent fortgeführt werden muss.

Das gilt gleichermaßen für die vielen Strukturgespräche zur Sicherung einer wohnortnahen Krankenhausversorgung. Nur durch Kooperationen und Fusionen können Trägervielfalt und kleinere Krankenhäuser gegen die Monopolisierung von börsennotierten Großkonzernen erhalten werden.

Das weiß in Wirklichkeit jeder in diesem Haus. Die CDU erweist der Bevölkerung einen Bärendienst, wenn sie jeweils vor Ort den Eindruck erweckt, die heutige Krankenhausstruktur könne unverändert weiterbestehen oder sogar wie in Emden, Aurich, Norden Bemühungen der Träger in Richtung Zusammenführung (Georgsheil) konterkariert.

Ehrlichkeit und vor allem Verantwortung sehen deutlich anders aus!

Wir haben 2014/2015 insgesamt zehn Millionen Euro zusätzlich für Umstrukturierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Wir haben exakt das vorgemacht, was nach der Bund-Länder-Kommission nun Bundesgesundheitsminister Gröhe jetzt für ganz Deutschland umsetzt.

Neben den jährlichen 120 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen kommen jetzt durch den Bundesstrukturfonds nochmals insgesamt 94 Millionen Euro für Niedersachsen dazu, jeweils zur Hälfte von Bund und Land finanziert, also fast 220 Millionen Euro.

Wenn nun die FDP noch 6 Millionen Euro und die CDU 20 Millionen Euro für die Krankenhäuser mehr wollen, dann ist das in Wirklichkeit für ein neues Krankenhaus mal gerade das Kellergeschoss und wer will da schon behandelt werden.

Warum können wir nicht einfach mal gemeinsam Frau Ministerin Rundt für ihren Erfolg in der Bund-Länder-Kommission, plus Erhöhung des Basis-Fallwertes, danken.

Das ist toll für Niedersachsen, zumal uns CDU/FDP einen Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro hinterlassen hatten.

Mit rot-grüner Mehrheit haben wir beschlossen, dass ab 1.1.2016 in allen niedersächsischen Krankenhäuser Patientenfürsprecher/innen bestellt werden müssen und auf Landesebene ein Patientenschutzbeauftragter installiert wird.

Zur Schulung dieses neuen Personenkreises setzen wir erstmals Haushaltsmittel ein und die Stelle des Landespatientenschutzbeauftragten haben wir etatisiert.

Damit ist Niedersachsen nach NRW das zweite Flächenland in Deutschland, dass eine solche Anlauf- und Vertrauensstelle für seine Bürgerinnen und Bürger einrichtet. Ein wichtiger und konsequenter Schritt von Rot-Grün in Richtung mehr Patientensicherheit.

In der Jugendpolitik haben wir nach der Reaktivierung des Landesjugendhilfeausschusses und erhöhten Förderung der Landesstelle Jugendschutz, nun eine Kinderkommission auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig werden die Mittel zur Suchtbekämpfung ein weiteres Mal verstärkt. Ging es im vergangenen Jahr um extensiven Alkoholkonsum und verstärkter Mediensucht bei Kindern und Jugendlichen, geht es uns jetzt um gezielte Aufklärung gegen Alkoholkonsum in der Schwangerschaft bzw. den möglichen schwerwiegenden Folgen für das Neugeborene.

All unsere Maßnahmen zielen daraufhin, den Schutz für Kinder und Jugendliche mit vielen kleinen Schritten in Niedersachsen zu verbessern und das ist mehr als wichtig.

Dass nun ausgerechnet all diese Maßnahmen von der FDP in ihrem Änderungsantrag gestrichen werden und gemeinsam mit der CDU sogar die Zuschüsse für Selbsthilfegruppen von Schwule, Lesben und Transsexuellen halbiert werden, ist für mich unbegreiflich.

Wir waren da schon mal deutlich weiter. Gerade für den letztgenannten Personenkreis hat die FDP hier mehrfach Anträge eingebracht und Rot-Grün hat sie unterstützt.

Glaubwürdigkeit sieht wirklich anders aus.

Dass gegenwärtig alles beherrschende Thema der großen Flüchtlingsströme will ich hier nur kurz ansprechen. Gerade im Sozialbereich versuchen wir, hinsichtlich der Integrationsbemühungen und der medizinischen Versorgung so schnell wie möglich zu helfen. Die Mittel für Migrationsberatung, für Flüchtlingssozialarbeit und für das Trauma Zentrum wurde nochmals deutlich erhöht. Für die Betreuung der zwischenzeitlich mehr als 3000 unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge in Niedersachsen werden die Mittel gegenüber 2015 mit über 100 Millionen Euro mehr als verdreifacht. Das alles ist ein gewaltiger Kraftakt.

Wir erleben eine großartige Hilfsbereitschaft und Willkommenskultur unserer Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen und das ist toll. Wir erleben aber auch, dass Ehrenamtliche und Hauptamtliche ihre Belastungsgrenzen erreicht bzw. überschritten haben. Jeder von uns hat Notunterkünfte vor Ort und weiß um die Probleme und Ängste auf allen Seiten.

Wir fragen uns, wie wir das zukünftig wirklich schaffen können und wie lange die Willkommenskultur hält?

Daher ringen wir zu Recht um den besten Weg für alle Beteiligten. Aber dabei sollten wir dringend unsere wechselseitige Streitkultur überdenken. Im Sozialausschuss kreuzen wir hin und wieder auch hart in der Sache die Klingen. Im Grundkonsens sind wir uns aber häufig sehr einig. Vielleicht kein schlechtes Beispiel für vernünftige Streitkultur.

Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und populistischen Getöse wird jedenfalls keine der auch hier im Landtag vertretenen Parteien Wählerstimmen gewinnen können. Das haben die letzten Wahlen europaweit schmerzlich deutlich gemacht.

Wir Demokraten dürfen gemeinsam nicht zulassen, dass rechtsextreme Spinner mit Diskriminierung und ausländerfeindlichen Parolen die Grundlagen unserer Demokratie zerstören könnten.

In diesem Sinne danke ich Dr. Matthiesen und seinem Arbeitskreis, Silvia Bruns, sowie Thomas Schremmer, Julia Hamburg und Filiz Polat für die gute und sachorientierte Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr, hoffe auf eine Fortsetzung im neuen Jahr und wünsche uns zunächst ein friedliches Weihnachtsfest.